



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/X/279 - 3.12.1955

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 218 31-32
Fernschreiber 039 890

Die Baukosten von Bonn	S. 1
Bedeutungsvolle Gerichtsurteile in den USA	S. 3
Zur Betriebsratswahl in der Westfalenhütte	S. 5

Schluss mit der "provisorischen" Bauwat

FB. Die vorläufige Bundeshauptstadt wird nicht zu Unrecht das Provisorium in Stahl und Beton genannt. Auch nach sechsjähriger Regierungstätigkeit ist es heute so, dass man in diesem rheinischen Idyll sich wie in einer grossen Baugrube vorkommt. Allenthalben verkünden in schlichtem Stolz Schilder an den Bauzäunen: "Hier baut die Bundesregierung", als wenn man sich in der Gründerzeit befände.

Wie fern sind die Tage, in denen der Bundeskanzler 1949 im Parlamentarischen Rat verbindlich zusicherte, man werde Bonn zum provisorischen Bundessitz mit einem Kostenaufwand von 3,8 Millionen DM aufbauen. In den ersten beiden Jahren nach der Amtsübernahme waren schon 9,5 Millionen DM veranschlagt und als man Kassenschurz machte, waren es 23,5 Millionen DM geworden. So ging es Jahr für Jahr weiter und heute dürften allein aus Bundesmitteln für den "provisorischen Zweck" rund 200 Millionen DM ausgegeben worden sein. Rechnet man die Aufwendungen der Länder, der Verbände und Vertretungen und die Wohnungsbauten hinzu, dann dürfte für dieses Provisorium rund eine Milliarde DM ausgegeben worden sein. Der Ansatz von 3,8 Millionen DM ist also, soweit er die Bundesmittel betrifft, um das fünfzigfache überschritten worden, bei den Gesamtaufwendungen für Bonn ist sogar eine Steigerung um das zweihundertfache festzustellen. Wollte man die Mehrausgaben in Prozenten ausdrücken, es kämen astronomische Summen heraus.

Das schlimmste aber ist, dass kein Ende dieser öffentlich-provi-

sonischen Bauwut abzusehen ist. Die sozialdemokratische Bundestagsfraktion hat schon mehrfach Vorstösse unternommen, um dieser Verschwendung von Steuergeldern Einhalt zu gebieten. Die Koalitionsparteien haben ihr dabei immer die Gefolgschaft versagt. Das wird sie nicht entmutigen, in diesen Tagen einen neuen Antrag einzureichen, der von der Bundesregierung Auskünfte und Konsequenzen verlangt.

So wird die Bundesregierung ersucht werden, in einem detaillierten Bericht nachzuweisen, welche Bundesmittel einschliesslich der Ansätze im Bundeshaushalt 1955 für Wohnungsbauten, Bürogebäude und sonstige Bauten aufgewendet worden sind. Die SPD verlangt weiter Auskunft darüber, welche Bauten noch im Gang sind, welche Verpflichtungen zur Durchführung solcher Baumasnahmen bereits vorliegen und mit welchen Summen die einzelnen Rechnungsjahre aus Anlass dieser Baumasnahmen künftig belastet werden sollen.

Damit aber ist es nicht getan, obwohl sich auch aus diesen Zahlen ein instruktives Bild ergeben sollte. Der sozialdemokratische Antrag verlangt weiter, dass bereits bewilligte Bundesbauten im Raume Bonn nur noch dann zur Durchführung kommen sollen, wenn sie schon begonnen sind. Bereits bewilligte, aber noch nicht begonnene Bauten - mit Ausnahme von Wohnungsbauten - sollen nicht mehr ausgeführt werden, und schliesslich soll die Bundesregierung verpflichtet werden, die weitere Anforderung von Mitteln für Bürobauten zu unterlassen.

Wenn dieser Antrag der SPD eine Mehrheit findet, dann ist der weiteren Ummünzung von Steuergeldern in Büropaläste ein Ende gesetzt. So, wie bisher, geht es auf keinen Fall weiter, denn man kann auch politisch nicht immer Berlin als die endgültige Hauptstadt Deutschlands beschwören, wenn man sich auf der anderen Seite am linken Rheinufer geradezu für die Ewigkeit verschanzt.

Fortschritt und Hemmung in der Negerfrage

O.L., New York

Als ich vor mehr als einem Jahr in New Orleans ankam und in den modernen, mit bunten Fresken ausgestatteten Warteraum der Bahnhofstation ging, war ich verwirrt. Ich sah dieselben Bilder auf beiden Seiten des riesenhaften, luftigen Wartesaals - dieselben Schalter, dieselben Buffets: ich fand mich nicht zurecht, bis ich entdeckte, dass man in der grossen Bahnhofshalle, die gerade fertig geworden war, auf beiden Seiten genau dieselbe Einrichtung vorgesehen hatte - eine für Weisse - die andere für Neger. Das war die vollendetste Verwirklichung der Rechtstheorie der Rassentrennung, getrennt, aber gleich.

Schluss mit der Rassentrennung auf Bahnen und Bussen

Diese Theorie ist nun gefallen: der Oberste Bundesgerichtshof hat sie als verfassungswidrig und ihre Praxis bei der Schultrennung als ungesetzlich bezeichnet. In einem zweiten Urteil hat das oberste Gericht der Vereinigten Staaten die in vielen Südstaaten praktizierte Rassentrennung in Parks und Erholungsplätzen, insbesondere auch in Bädern als verfassungswidrig erklärt. Nun hat zum ersten Mal seit dem Urteil des Obersten Bundesgerichts eine Behörde in Washington eine praktische Entscheidung gefällt, die auf der neuen Rechtsprechung begründet ist. Die "Interstate Commerce Commission", die Kommission für den Handel zwischen den einzelnen Bundesstaaten, hat eine juristisch begründete Anordnung erlassen, dass bis spätestens 10. Januar die Rassentrennung in Verkehrsmitteln, die verschiedene Bundesstaaten verbinden (im sogenannten "zwischenstaatlichen" Verkehr) die Rassentrennung aufgehoben werden muss: in Autobussen und Eisenbahnen, die von einem Staat in den anderen fahren - innerhalb des Staates erlässt die Staatsregierung Anordnung für Verkehrsmittel -, darf es keine Rassentrennung mehr geben: also weder "schwarze" Eisenbahnen, noch besondere Sitzreihen in Bussen, noch insbesondere getrennte Wartehallen und Toiletten.

Damit fällt eine der am tiefsten in das Alltagsleben eingreifende Erscheinung der Rassentrennung und Rassengleichheit. Denn der Bahnhof in New Orleans war von allen Bahnhöfen und Bus-Stationen eine Ausnahme, die auf die Spitze getriebene Anwendung der Theorie "getrennt, aber gleich", weil der neue Bahnhof schon zu einer Zeit erbaut wurde, in dem die Rassentrennungs-Theorien bedenklich zu wackeln begannen. In der Regel ist mit der menschlich erniedrigenden Rassentrennung in allen öffentlichen Verkehrsmitteln auch eine beschämende Ungleichheit in der Behandlung der beiden Hautfarben verbunden: ich erinnere mich unter anderem an eine Bus-Station auf der Fahrt von San Antonio nach Houston, in der der Speiseraum für die Weissen nicht gerade prächtig war, aber der für die Neger ein schmales Loch ohne Luft und mit ein paar Sitzgelegenheiten war. Die Preise waren selbstverständlich dieselben...

Frist - sechs Wochen

Diese Ungleichheit soll nun nach der Entscheidung der Behörde in Washington verschwinden. Zum Unterschied vom Obersten Bundesgerichtshof, der zwar die Rassentrennung in Schulen, Parks und Erholungsstätten als verfassungswidrig bezeichnete, aber keine Frist für die endgültige Beseitigung der ungesetzlichen Praktiken setzte, hat die Interstate Commerce Commission den Bahnen und Bus-Linien sechs

Wochen, bis 10. Januar, gegeben, sich der neuen Regelung anzupassen. Während also die Beseitigung der Schultrennung in manchen Staaten, besonders in den Gebieten des äussersten Südens, noch Jahre dauern und eine grosse Zahl schwieriger und kostspieliger neuer Gerichtsverfahren erforderlich wird, wird es bei den öffentlichen Verkehrsmitteln sehr bald zu einer Entscheidung kommen müssen.

Wie bei allen derartigen Fortschritten, die in den letzten Jahren auf dem Gebiete der Rassen-Beziehungen im Süden gemacht wurden - es gab bedeutsame Fortschritte in der Tat -, protestieren manche der Südstaaten besonders laut. Die konservativen, "gesetzestreu" Männer des Südens, die mit dem Gesetz rasch zur Hand sind, wenn es gegen die Neger geht, weigern sich, die einwandfreie und nach allen Regeln des Rechts geltende Verfügung der Behörde von Washington anzuerkennen - wie sie in manchen Teilen des Südens die Trennung der Schulkinder zu verewigen suchen...

Das Bild wird also nicht einheitlich sein. Es wird gewisse Bahnen und Bus-Linien geben, die sich fügen. Die Schwierigkeit im Süden wird in der Beseitigung der Trennung der Warteräume sein. Denn während im Zug oder im Bus selbst alles in Bewegung ist und bei Fernfahrten jeder bereit ist, sich dem menschlicheren Standard ausserhalb des Südens anzupassen, sind und bleiben die Warteräume in der von der "Überlegenheit der weissen Rasse" vergifteter Atmosphäre. Gegen die Beseitigung der gesonderten Warteräume richtet sich offenbar auch der hauptsächlichste Widerstand, der aus verschiedenen Südstaaten gemeldet wird.

Flucht aus dem Süden

Die Kraft des Vorurteils und die Entschlossenheit, Gewalt zu üben, ist bei einer lauten und aktiven Minderheit von weissen Rassepolitikern und ihren Anhängern im Süden noch immer gross. Am selben Tage, an dem die bahnbrechende Entscheidung über die Bahnen veröffentlicht wurde, fand in New York eine Gerichtsverhandlung über ein Auslieferungsbegehren gegen einen Neger-Priester statt, der sich aus dem Staat Süd-Karolina nach New York geflüchtet hatte. Seine Auslieferung durch den Staat New York wurde von einem Gericht im Süden verlangt: er hatte angeblich von einer Schusswaffe Gebrauch gemacht und sich dann der "Gerechtigkeit" entzogen. Die Wahrheit ist, dass ihn eine Bande des "Ku-Klux-Klan", der naziartigen Terrororganisation der Anhänger der "weissen Suprematie", wochenlang wegen seiner Ansichten über die Schulvereinigung - die der Oberste Gerichtshof der USA angeordnet hat - verfolgte. Schliesslich wurde sein Haus in Brand gesteckt und bei dieser Gelegenheit schoss der Priester in Selbstverteidigung. Dann musste er fliehen.

Mit Recht wurde in der Gerichtsverhandlung über das Auslieferungsbegehren erklärt, der Negerpriester sei nicht vor der Gerechtigkeit, sondern vor der - Ungerechtigkeit geflohen. Man darf erwarten, dass New York dem Auslieferungsbegehren von Süd-Karolina nicht stattgeben wird. Aber dieser Fall ist für Verhältnisse in einem Teil des Südens ebenso kennzeichnend, wie der Justizskandal in Mississippi, bei dem zwei Weisse sogar von der von ihnen zugegebenen Verschleppung eines vierzehnjährigen Negers, der ermordet aufgefunden wurde, freigesprochen wurden. Angeblich hatte der Junge auf die Frau eines der beiden in einer Art Liebeswerbung gepfiffen - ein Vierzehnjähriger.

Gewaltanwendung und Auflehnung gegen die obersten Gerichte auf der einen Seite, ständiger Fortschritt durch unbeirrbar Gerichte und kultureller Aufstieg der Neger zu Gleichberechtigung, die ihnen auf die Dauer nicht mehr versagt werden kann - das ist das zwiespältige, aber nicht hoffnungslose Bild der Rassenfrage in Amerika. + + + - 5 -

Alarmzeichen Westfalenhütte

x. Die Eroberung des Betriebsrates dieses grossen Hüttenwerkes durch die KP - sie erzielte 17 von 25 Mandaten - hat endlich allgemein hellhörig gemacht. Hier haben also die angeblich "bestbezahlten" und schon "in den Mittelstand gehobenen" Arbeiter der Stahlindustrie demonstriert. Es ist sicher wichtig, wenn auch weniger fruchtbar, dieses Ergebnis nach den Methoden des "wie" zu untersuchen, als nach den Ursachen des "warum". Denn allen Betrachtern dürfte der Charakter der Demonstration klar sein, der die Betriebsbelegschaft deswegen noch lange nicht zu einer kommunistischen macht.

Als Beispiel möge an die Bremer Wahlen erinnert sein. Auch sie wurden durch kommunistische Aktivitäten in den Bremer Betrieben lebhaft gestört und doch erhielten die Kommunisten in der Wahl eine eindeutige Niederlage. Sobald nämlich eine Frage politisch gestellt wird, hat sie dieses Ergebnis gegen die KP; stellt man sie jedoch sozial unter Ausschaltung aller politischen Aspekte - wie es in diesem Falle das Betriebsverfassungsgesetz und die parteipolitische Neutralität der Gewerkschaften verlangt - so fällt die Entscheidung möglicherweise zu Gunsten der KP. Die Ursachen dieses Betriebswahlergebnisses sind also vorwiegend im sozialen Bereich zu suchen, auch wenn sie politische Wirkung haben.

Unverkennbar ist diese Demonstration eine Fortsetzung der 94%igen Zustimmung aller Stahlarbeiter zu einem Streik um den erhöhten Lohn. Die Unternehmer haben den ernstesten Willen zum Streik vor Weihnachten in Zweifel gezogen; in Zweifel gezogen auch die ernsthafte Sorge der Gewerkschaften um die volkswirtschaftlichen Konsequenzen eines solchen Massenstreiks, der sie zögern liess, und so die Misstimmung in den Betrieben noch vermehrte. Mit einem vereinzelt Brief eines CDU-Betriebsratsvorsitzenden hat man Schindluder getrieben und die Betriebsbelegschaften noch gereizt. Die Warnung der Resolution der Belegschaften der Hüttenwerke Rheinhausen wurde ebenso absichtlich überhört, wie der Beschluss der Duisburger-Betriebsräte, den Duisburger Raum durch Streik stillzulegen. Erst dieser Sieg der KP gab ein unüberhörbares Signal.

Verwundert wird gefragt, wie solch Ergebnis möglich war, in einem Betrieb, der angeblich die höchsten freiwilligen Sozialleistungen auswirft. Man sollte die Arbeitnehmer aber nicht für dumm halten. Sie haben seit langem mit Erbitterung beobachtet, und nicht nur in diesem Betrieb, dass unter freiwilligen Sozialleistungen sich in verstärkter Masse steuerfreie Investitionsmittel als Rücklagen und Rückstellungen verstecken. Andere trugen den Charakter von nicht gesicherten Almosen, die man morgen verweigern kann. Um die tarifliche Sicherung dieser Zulage ist lange vergeblich gerungen worden und im gegenwärtigen Lohnkampf wollte die Arbeitgeberseite sogar die Lohnerhöhung zu einer tariflich nicht gesicherten Zulage machen. Darauf konnten die Gewerkschaften nicht eingehen, daher der tariflose Zustand und die Verlagerung des Kampfes in die Betriebe, für die sich nun die Belegschaft "die aktivsten Gewerkschafter" wählte.

Die Unternehmerseite hat in den letzten Jahren systematisch im trauten Verein mit der CDU und gewissen Pächtern des allein richtigen Christentums auf der "parteilpolitischen Neutralität" der Gewerkschaften herumgeritten und sie in Zweifel gezogen. Mit diesem politischen Kampf haben sie die gewerkschaftlichen Aktivitäten zu lähmen gesucht. Insbesondere wurden die Sozialdemokraten in den Gewerkschaften attackiert, denn es galt, diese Gewerkschaften im Sinne der Unternehmer- und Regierungspolitik aufzuweichen. Diesem Zweck diente die ständige Beunruhigung des DGB und die Erschütterung des Vertrauens zu den vorwiegend sozialdemokratischen Funktionären. Nun haben die Arbeiter sauer reagiert und jetzt ruft man plötzlich nach der Hilfe der Sozialdemokraten als jener, die allein in der Lage sind, die kommunistische Flut zu dämmen. Man ruft nach der Hilfe jener, gegen die man mit den "Christen" und Kommunisten gemeinsam in den ganzen Jahren gewühlt hat.

Dortmund ist ein Alarmzeichen ersten Ranges. Ein Zeichen dafür, dass in unserer sozialen Struktur, im Verhältnis der Gewinne zu den Löhnen, zwischen Löhnen und Preisen, Rüstungsinvestitionen und privatem Verbrauch - und insbesondere in der sozialen Stellung der

3.12.1955

Arbeitnehmer in der Wirtschaft - eine Menge faul ist. Die Versprechungen in der Nachkriegszeit haben mit den Tatsachen nicht Schritt gehalten. Die Vorleistungen der Gewerkschaften und ihre erklärte Stillhaltepolitik aus volkswirtschaftlicher Verantwortung - das alles wurde hier honoriert. Auch die Sozialdemokraten innerhalb und ausserhalb der Gewerkschaften können hier nicht allein mit wahltechnischen Methoden einen Umschwung erzielen, sie müssen gegen den Unverstand der Unternehmer ihre Bemühungen um die Besserung dieser sozialen Struktur der Bundesrepublik verstärken.

+ + +

Der Irrtum der FAZ

Unter dem Titel: "Neuer Ausgangspunkt" hat Herr Baumgarten in der FAZ vom 2. Dezember in seinem kleinen Leiter einen Satz formuliert:

"schon jetzt aber steht fest, dass die Sozialdemokraten bereit sind, Gesamtdeutschland zwischen Ost und West zu isolieren".

Es ist unbegreiflich: Die Sprecher der Sozialdemokratie bemühen sich nun schon seit Jahren, klarzumachen, dass sie weder ein isoliertes noch ein neutralisiertes Deutschland wollen. Der Sozialdemokratie schwebt vor, wie es Ollenhauer in der letzten Bundestagsdebatte formuliert hat, "das wiedervereinigte Deutschland in ein umfassenderes kollektives Sicherheitssystem, auch mit allen notwendigen Verpflichtungen für unsere eigene Sicherheit und für die Sicherheit unserer Partner einzuordnen". Ein Gesamtdeutschland, das Partner eines kollektiven Sicherheitssystems ist, das ist das Ziel der Sozialdemokratie und das ist das pure Gegenteil dessen, was Herr Baumgarten uns unterstellt, obwohl er wiederholt Gelegenheit gehabt hatte, sich über sozialdemokratische Vorstellungen auf diesem Gebiet unmittelbar zu unterrichten.

+ + +

Verantwortlich: Peter Raunau